



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesvorstand

Rede des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske zum 1. Mai 2009 in Mannheim

**Sperrfrist: Beginn der Rede
Es gilt das gesprochene Wort!**

Kolleginnen und Kollegen,

Hunderttausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Land sind gegenwärtig in Kurzarbeit. Unerhörte Auftragseinbrüche kennzeichnen das Bild in vielen Betrieben. Zwanzig, dreißig Prozent des Umsatzes weg, in den Häfen fünfzig Prozent, ja bis zu achtzig Prozent weniger Warenumsatz und dazu immer mehr Arbeitslose. Das ist das Bild, das die Wirtschaft gegenwärtig bietet.

Die Leiharbeiter hat es zuerst getroffen. Befristet Beschäftigte, deren Verträge nicht verlängert werden und demnächst – wenn nicht gegengesteuert wird – viele Auszubildende, die nicht übernommen werden. Sie sind die ersten, die die Arbeitslosigkeit getroffen hat. Für Sommer und Herbst werden nun auch Massenentlassungen nicht mehr ausgeschlossen. Eine Situation, so dramatisch wie seit den Dreißiger Jahren nicht mehr. Fünf Millionen Menschen drohen in diesem Jahr weltweit arbeitslos zu werden, und viele wissen nicht, wie sie über die Runden kommen sollen - dann, wenn die Krise sich weiter zuspitzt.

Kolleginnen und Kollegen,

was wir da gegenwärtig erleben, ist eine Krise des Kapitalismus von wahrhaft historischem Ausmaß. Eine Krise, in der sich gleich mehrere Krisenprozesse miteinander verschränken, die Finanzmarktkrise, eine Weltwirtschaftskrise, die Klimakrise und eine Hungerkrise in den Ländern des Südens. Ein Desaster. Und ein Bankrott.

Der Bankrott des vorherrschenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Leitbildes der letzten dreißig Jahre.

Im Zeichen dieses Leitbildes hat man den Menschen jahrelang erzählt, dass die Märkte es schon richten werden, wenn man sie nur lasse.

Die Selbstheilungskräfte des Marktes wurden beschworen und dass der Staat sich am besten mal raushalten solle. Der störe nur und behindere die Selbstheilungskräfte des Marktes. Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt. Das war das Glaubensbekenntnis der Thatchers und Reagans, der Rexroths und der Westerwelles – und nicht nur ihres.

Dem Eigennutz, dem Wettbewerb freie Bahn zu verschaffen, den Markt von Schranken zu befreien – das sollte das Rezept sein, mit dem es am Ende allen besser gehen sollte – trotz wachsender Ungleichheit in der Gesellschaft. Damit einher ging eine weltweit ungeheuere Umverteilung von unten nach oben, Sozialabbau, Druck auf Löhne und Renten. Und eine Steuerpolitik in der Bundesrepublik, die seit 2000 vor allem eines war - ein systematisches Bereicherungsprogramm für Kapitalbesitzer.

Was die Verfechter des Neoliberalismus – und das war das bestimmende Leitbild der letzten dreißig Jahre – abgegeben haben, war ein umfassendes

Versprechen auf Freiheit, Wohlstand und Selbstverwirklichung, wenn man sich nur aus den Fesseln staatlicher Bevormundung lösen würde – und staatliche Bevormundung, das meinte vor allem sozialstaatliche Bevormundung.

Druck auf Löhne, Druck auf Renten - wohin das geführt hat, erfahren Millionen von Hartz IV-Empfängerinnen und –empfänger am eigenen Leib, erfahren täglich Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zu Stundenlöhnen von fünf Euro und weniger arbeiten – arbeitende Armut ist das und nichts anderes.

Zur Zeit ist der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Volkseinkommen wieder auf dem Niveau der sechziger Jahre angekommen, in den USA unter Bush auf dem Niveau des Jahres 1909.

Und jetzt? Nachdem dreißig Jahre lang das Hohelied des privaten Profits gesungen wurde – die Sozialisierung der Verluste.

Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung sollten es bringen. Und was haben sie gebracht? Finanzmarktkrise und Weltwirtschaftskrise!

Ich habe selbst erlebt, was Deregulierung bedeutet: Bei der IKB, der ersten Bank, die in Deutschland zusammenzubrechen drohte, war ein Risiko von 18,5 Milliarden Euro in einer irischen Zweckgesellschaft verbuddelt, einer Schattenbank, die keinerlei Eigenkapital zur Absicherung ihrer Geschäfte vorzuhalten brauchte. Ein Risiko von achzehn Milliarden Euro, das niemandem aufgefallen war, solange bis es hochpoppte. Dem Aufsichtsrat nicht aufgefallen war, dem Aufsichtsratsvorsitzenden Hartmann, langjähriger Vorstandsvorsitzender der EON AG, nicht, dem Vorstand des

Hauptanteilseigners nicht und nicht den Wirtschaftsprüfern in zwei ordentlichen und drei außerordentlichen Wirtschaftsprüfungen. Warum nicht? Weil unter Rot –Grün das deutsche Bilanzrecht an das amerikanische Bilanzrecht angepasst wurde und es möglich wurde, nicht bilanzierungspflichtige Zweckgesellschaften zu gründen, so dass der Vorstand der IKB ganz legal ein 18,5 Milliarden Euro – Risiko an allen Bilanzen vorbei schleusen konnte.

Das kostete in einem ersten Schritt fünf Milliarden Euro, davon dreieinhalb Milliarden Steuergelder. Das war aber nur der erste Streich. Drei Monate später, im August 2007, wurden die nächsten fünf Milliarden Steuergelder fällig, weil sich herausstellte, dass die IKB im CDS-Geschäft engagiert war. CDS sind Kreditausfallversicherungsgeschäfte. Klingt harmlos, hat es aber in sich. Nicht umsonst hat der reichste Mann der Welt diese Kreditausfallversicherungen als „finanzpolitische Massenvernichtungswaffe“ bezeichnet. Warum? Wie hat man sich das vorzustellen, Kolleginnen und Kollegen? Es ist gar nicht so schwer. Also, eine Bank leiht einem Unternehmen Geld und fragt sich anschließend, wie sie das Vergaberisiko vermindern kann, für den Fall, dass der Kreditnehmer nicht zurückzahlt. Da bietet jemand eine Kreditausfallversicherung an und die wird anschließend weiterverkauft, mit anderen CDS gebündelt, die wieder weiterverkauft und mit noch mehr CDS gebündelt werden und so weiter und so weiter. Ein Geschäft auf Insolvenzwetten, dessen Volumen sich weltweit auf mittlerweile 62.000 Milliarden Dollar beläuft. 62.000 Milliarden Dollar verbuddelt in einer Spekulationspyramide aus Insolvenzwetten.

Und dann drohte im letzten Herbst die größte US-Versicherungsgesellschaft AIG zusammenzubrechen, die mit 445 Milliarden Dollar engagiert ist in diesem Markt von finanzpolitischen Massenvernichtungswaffen und nur gerettet werden kann mit einem Kredit der US-Notenbank in Höhe von mittlerweile – 182 Milliarden Dollar. Vorerst!

Und das ist nur ein Fall von vielen. Ein Beispiel unter vielen für das, was gelebte Deregulierung bedeutet. Die Räder, die da gedreht werden, werden immer größer. Aber niemand kann mit Bestimmtheit sagen, ob auch nur die Talsohle dieser Finanzmarktkrise erreicht ist. Und jetzt hat sich diese Finanzmarktkrise mit dieser Wirtschaftskrise verbunden, einer Wirtschaftskrise, die praktisch zeitgleich in allen Industrie- und allen Schwellenländern ausgebrochen ist. Und die Deutschland mittlerweile stärker trifft, als die meisten anderen Staaten, wegen der enorm hohen Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft. – Bei anhaltender Binnenmarktschwäche, über die sich aber niemand zu wundern braucht angesichts rückläufiger Reallöhne, angesichts eines Aufschwungs, der an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vorbei gegangen ist und angesichts eines Niedriglohn- und Armutslohnsektors, der mittlerweile fast so groß ist wie in den USA.

Um sechs Prozent wird nun die Wirtschaft in diesem Jahr schrumpfen, so die Wirtschaftsforschungsinstitute. Das ist drei mal schlechter als die Bundesregierung noch zu Beginn des Jahres erwartet hatte. Und nächstes Jahr wird die Wirtschaft weiter schrumpfen – erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute.

Darauf kann es nur eine Antwort geben: Es muss entschlossen gegengesteuert werden. Und zwar jetzt! Müssen wir dann eine Inflation befürchten? Nun, vielleicht steigen die Preise irgendwann wieder stärker, aber viel größer ist jetzt die Gefahr einer Entwicklung wie in Japan mit Deflation – also sinkenden Preisen, sinkenden Löhnen, sinkenden Preisen und so weiter – über lange Jahre: Und das ist viel schwerer in den Griff zu bekommen als Inflation.

Kolleginnen und Kollegen,

das ist alarmierend, das ist absolut ernst zu nehmen. Was ist zu tun?

Da sind zunächst einmal die Banken. Es ist richtig, sie zu stützen. Das ist eine der Lehren aus der Weltwirtschaftskrise der Dreißiger Jahre. Aber für uns muss dabei gelten:

Keine Leistung ohne Gegenleistung. Wo der Staat bürgt, muss Einfluss auf die Geschäftspolitik genommen, wo Kapitalspritzen gegeben werden, müssen Unternehmensanteile abgetreten und muss dafür gesorgt werden, dass das Zocken im Kasino aufhört und sich die Banken auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und die Vergabe von Krediten gewährleisten.

Es kann und darf nicht darum gehen, den Spielern das Kasino zu renovieren, die Verluste zu sozialisieren und ihnen anschließend das renovierte Kasino zur Fortsetzung des Glücksspiels zu übergeben. Nein, Kolleginnen und Kollegen, das Kasino selbst muss geschlossen werden. Und das heißt nichts anderes als eine massive Deregulierung der internationalen Finanzmärkte – mit klaren Eigenkapitaltransparenzbestimmungen für alle Finanzmarktakteure, ausnahmslos.

Des weiteren gilt: Nicht nur den Banken muss geholfen werden. Zusätzlich brauchen wir auch einen Rettungsschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir brauchen einen Beteiligungsfonds zur Unternehmenssicherung, finanziert durch eine Anleihe auf Vermögen oberhalb 750.000 €, verzinst zum Zinssatz der Europäischen Zentralbank mit einer Laufzeit über 15 Jahre – so wie das schon mal der Fall war, beim Kriegsfolgenlastenausgleich in den Fünfziger Jahren.

Und nicht minder wichtig ist: Wir brauchen ein zusätzliches Konjunkturpaket in der Höhe von – wir sagen 100 Milliarden Euro.

Mit einem Schwerpunkt auf öffentliche Investitionen – in Bildung, in Klimaschutz und Umwelt, in öffentliche Infrastruktur. Ein Gutteil dieser Investitionen muss zudem verstetigt werden. Denn da hat sich jede Menge an gesellschaftlichem Handlungsbedarf aufgestaut.

Nehmen wir zum Beispiel die Bildung. Bei den Ausgaben für Bildung liegt die Bundesrepublik gemessen am Bruttoinlandsprodukt auf Platz 24 der Europäischen Union. Na gut, die Slowakei und Griechenland geben gemessen am Bruttoinlandsprodukt noch weniger für Bildung aus als Deutschland. Aber beruhigen kann das ja wohl nicht. Bei den Ausgaben pro Grundschüler liegt die Bundesrepublik auf Platz 23 der OECD-Staaten unmittelbar vor Mexiko, deutlich hinter der Türkei.

Da muss viel mehr getan werden als bisher. Da braucht es dauerhaft dreißig Milliarden Euro pro Jahr an zusätzlichen Investitionen in Kitas, Schulen, in Aus- und Weiterbildung – und zwar nicht nur in Investitionen in Beton, sondern auch und vor allem in Köpfe!

Hier und bei Investitionen in die Umwelt, in den öffentlichen Personennah- und Schienenverkehr, in die energetische Sanierung kann und muss der Kampf gegen die Krise genutzt werden zum Einstieg in den sozialen und ökologischen Umbau und für eine nachhaltige Stärkung des Binnenmarktes. Und das ist bitter nötig:

- Jetzt, wo die Finanzmärkte absehbar auf längere Zeit enger werden,
- jetzt, wo alles daran gesetzt werden muss, ein Abgleiten der Krise in eine Depression zu verhindern.
- und jetzt, wo soziale Ungerechtigkeiten immer offensichtlicher werden und die Gegensätze zum Himmel schreien zwischen Managern, die Scheiße bauen, Gesetze brechen und anschließend mit Abfindungen nach Hause gehen auf der einen Seite, und denen, die von Hartz IV leben müssen, von Armutslöhnen und demnächst von Armutsrenten.

Der Selbstbedienung der Manager einen Riegel vorzuschieben, z. B. in dem die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsbezügen abgeschafft wird und Spitzeneinkommen über 100.000 Euro stärker besteuert werden, und zugleich die Massenkaufkraft zu stärken, zum Beispiel durch die Anhebung der Hartz IV-Sätze auf 435 Euro, ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und zugleich der ökonomischen Vernunft. Das hilft, die Nachfrage zu stärken und die Wirtschaft zu stabilisieren. Deshalb muss das Teil eines nächsten Konjunkturpaketes sein. Ebenso wie weitere Schritte zugunsten von Arbeitslosen und Rentnerinnen und Rentnern.

Wir fordern die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I zu verlängern. Auf ein Jahr für alle und auf zwei Jahre ab dem fünfzigsten Lebensjahr. Es kann nicht angehen, dass man nach jahrzehntelanger Arbeit binnen kürzester Zeit auf Hartz IV fällt.

Wir fordern die geförderte Altersrente zu verlängern, um jungen Menschen nach der Ausbildung eine Übernahme zu ermöglichen. Das nutzt den Älteren und das schafft Perspektiven für Junge.

Und wir sagen: Lasst endlich die Anhebung des Rentenalters auf 67 sein. Denn was heißt schließlich unter Bedingungen eines Millionenheeres von Arbeitslosen die Rente mit 67 anderes, als den Arbeitslosen zu sagen: Richtet euch darauf ein, zwei Jahre länger arbeitslos zu sein und dafür anschließend mit noch weniger Rente dazustehen. Das ist ein Rentenkürzungsprogramm und nichts anderes! Und das muss vom Tisch. Leuten wie Zumwinkel zahlt man zwanzig Millionen Euro Pensionsansprüche auf einen Schlag aus und gleichzeitig wird Altersarmut für Millionen von Menschen vorprogrammiert. Das ist ein Skandal und das darf so nicht weitergehen.

Ich will daran erinnern, dass mit den so genannten Rentenreformen der letzten Jahre, mit Riester-Treppe, Nachholfaktor, Nachhaltigkeitsfaktor und schließlich der Rente mit 67 die Bedingungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung so grundlegend verschlechtert worden sind, dass ein Durchschnittsverdiener künftig fünfunddreißig Beitragsjahre brauchen wird, um Ansprüche in Höhe des Hartz IV-Satzes für seine Rente aufzubauen – ganz zu schweigen von denen, die, sagen wir mal, nur 80 Prozent vom Durchschnittslohn bekommen – das sind rund 2000 Euro im Monat. Die werden zweiundvierzig Beitragsjahre brauchen, um in ihrer Rente auf Hartz

IV-Niveau zu kommen. 2000 Euro brutto im Monat? Da liegen Millionen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern darunter.

Kolleginnen und Kollegen,

was da programmiert worden ist, ist künftige Altersarmut im großen Stil – für die heute Jungen, für unsere Kinder. Und da nützt vielen auch keine Riesterrente, weil sie sich die im Zweifelsfalle nicht leisten können:

- als Arbeitslose nicht und nicht als Menschen, die mit Niedriglöhnen, mit Armutslöhnen nach Hause gehen.

Deshalb fordern wir bei der Gesetzlichen Rentenversicherung eine Aufwertung der Beitragszeiten im Niedriglohnbezug und während Zeiten der Arbeitslosigkeit sowie einen erleichterten Zugang zu Erwerbsminderungsrenten.

Den heutigen Rentnern droht im nächsten Jahr eine Rentenkürzung wegen der Auswirkung der Kurzarbeit und des geringen Lohnniveaus, das damit einhergeht. Wir sagen: Das muss verhindert werden.

Die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner ist in den vergangenen fünf Jahren um 8,5 Prozent gesunken. Die Renten dürfen jetzt nicht mehr unter den bisherigen Zahlbetrag sinken. Um eine Rentenkürzung zu verhindern, muss aus Steuermitteln ein Ausgleich geschaffen werden.

Nicht minder nötig, nicht nur zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, sondern ganz grundsätzlich, ist die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland – auf dem Niveau unserer westeuropäischen Nachbarländer beginnend mit 7,50 Euro und dann schnell ansteigend auf neun Euro.

Arbeit darf nicht arm machen und Arbeit darf nicht entwürdigen. Löhne müssen zum Leben ausreichen. Und unter einem zum Leben ausreichenden Lohn verstehe ich mehr als das bloße Existenzminimum. Ich verstehe darunter Löhne, die ein anständiges Leben ermöglichen.

Es muss Schluss damit sein, dass zum Beispiel der Briefzusteller bei der Post - Stundenlohn 10,42 Euro – mit den Steuern auf seinen Lohn den Armutslohn der Konkurrenz – Stundenlöhne von 5,90 Euro und darunter – subventioniert, um anschließend zu erleben, wie ihm das Armutslohnniveau der Konkurrenz als Wettbewerbsnachteil seines Unternehmens entgegengehalten und als Argument genutzt wird, nun auch seinen Lohn zu drücken. Das ist nicht normal, das ist pervers. Und das muss aufhören. In der Briefzustellung und überall sonst auch.

Arbeit darf nicht arm machen und Arbeit darf nicht entwürdigen. Das ist nicht zuletzt eine Frage der Moral in der Gesellschaft.

Ein gesetzlicher Mindestlohn, Kolleginnen und Kollegen, hilft Millionen von Menschen anständige Löhne zu bekommen und stützt zugleich die Konjunktur.

Und die Konjunktur- und Binnenmarktnachfrage zu stützen, gilt auch für die anstehenden Lohnrunden: aktuell im Handel, in der Druckindustrie und im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen.

In den städtischen Kitas stehen wir in Tarifverhandlungen. Da geht es um Gesundheitsförderung und um die Frage: Soll die Bezahlung der Erziehungs- und Bildungsarbeit an die gestiegenen Herausforderungen im

Beruf und an die gestiegenen Erwartungen der Eltern angepasst, also aufgewertet werden, oder setzen sich die kommunalen Arbeitgeber durch mit ihrer Ansicht, das Berufsfeld im Gegenteil noch abzuwerten.

Auch im Handel und in der Druckindustrie geht es darum, nach Jahren der Reallohnverluste eine spürbare Lohnerhöhung durchzusetzen.

In den Kitas und Jugendzentren, in den Kaufhäusern und in den Handelslagern wird mit Recht gute Arbeit erwartet. Dafür braucht es gute Leute. Die können dann zu Recht aber auch gutes Geld erwarten. Gute Leute, gute Arbeit, gutes Geld – das ist unsere Maxime in diesen Auseinandersetzungen.

Mein Appell daher: Unterstützt die Kolleginnen und Kollegen dort und wenn sich die Auseinandersetzungen in Richtung Streik zuspitzen sollten, unterstützt sie moralisch und auch praktisch!

Sie haben unsere Solidarität verdient. Und Erfolge, die ihnen helfen, helfen zugleich im Kampf gegen die Krise.

Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir diese Krise erfolgreich bekämpfen wollen, wenn das Abgleiten der Krise in eine Depression verhindert werden soll, braucht es dringend Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur, dann muss die Binnennachfrage gestärkt und müssen öffentliche Investitionen massiv ausgeweitet werden – und zwar deutlich über das hinaus, was die Bundesregierung bisher getan hat.

Die ging zu Jahresbeginn noch davon aus, dass die Wirtschaft nur um 2,25 Prozent schrumpft und die Konjunktur im Verlauf des zweiten Halbjahres womöglich wieder anzieht. Darauf waren die Konjunkturpakete eins und zwei ausgelegt.

Dass das nicht reicht, war seinerzeit schon absehbar. Mittlerweile aber sind die damaligen Annahmen nur noch Makulatur. Deshalb muss jetzt geklotzt werden. Wird das teuer? Ja – aber viel teurer wird es zu warten, zu spät zu handeln und zu wenig zu tun.

Wie aber, Kolleginnen und Kollegen, soll das bezahlt werden? Es kann ja wohl nicht angehen, dass da marode Banken kommen und Rettungsschirme aufgespannt kriegen wollen für mehrere hundert Milliarden Euro – und anschließend wird das Geld dafür eingesammelt, bei der Bildung, bei der Umwelt und im Sozialen.

Genau, genau das kann ja wohl nicht angehen.

Nur, wenn das Geld zur Belebung der Wirtschaft nicht eingesammelt werden soll auf Kosten der Bildung, der Umwelt und dem Sozialen – wo dann? Wer zahlt die Zeche?

Da ist unsere gewerkschaftliche Position ganz klar: die Profiteure der Finanzmanöver, die Profiteure der Umverteilungspolitik der letzten Jahre sollen es zahlen und sich ganz maßgeblich an den Kosten der Krisenbekämpfung beteiligen. An den Kosten der Krisenbekämpfung und der Bewältigung des sozialen und ökologischen Umbaus.

Investitionen in Bildung, Umwelt, öffentliche Infrastruktur, Stärkung des Sozialstaates müssen und können finanziert werden über eine deutlich stärkere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften, eine stärkere Besteuerung von Unternehmensgewinnen und Spitzeneinkommen.

Kolleginnen und Kollegen,

erinnert euch: In der Ära Kohl lag der Spitzensteuersatz in Deutschland über 53 Prozent. Hatten wir damals Sozialismus in der Bundesrepublik?

Keineswegs.

Während der letzten Weltwirtschaftskrise in den Dreißiger Jahren wurden große Erbschaften und Spitzeneinkommen in den USA mit Sätzen von rund 80 Prozent besteuert, um das Masseneleud bekämpfen zu können und die öffentlichen Investitionen zu finanzieren, mit denen Arbeit für Millionen geschaffen wurde. Hatten wir damals Sozialismus in den USA? Mitnichten.

Ich sage das, um die Relationen zurecht zu rücken.

Würden wir in der Bundesrepublik auf das Durchschnittsniveau aufschließen, mit dem große Vermögen und Erbschaften derzeit in der Europäischen Union besteuert werden, hätten die öffentlichen Haushalte Mehreinnahmen von 26 Milliarden Euro pro Jahr.

Das ist kein Wunder. Denn was die Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften angeht, ist die Bundesrepublik im internationalen Vergleich heute eine Steueroase. Und da reden wir nicht über Oma ihr klein Häuschen, sondern – um im Bild zu bleiben – über die steuerliche Behandlung der Villa mit Park und Seezugang.

Und was Unternehmensbesteuerung und Besteuerung von Spitzeneinkommen betrifft, ist die Bundesrepublik ein Niedrigsteuerland im unteren Drittel der Europäischen Union.

Läge die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland auf dem Durchschnittsniveau der Europäischen Union, so hätten die öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen jährliche Mehreinnahmen von 90 bis 100 Milliarden Euro.

Geld, das heute fehlt: für die Bildung, die Umwelt und für die Krisenbekämpfung.

Hier muss angesetzt werden. Und dann bleibt wahrscheinlich immer noch genug an Krisenlasten bei Arbeitnehmern, Rentnern und Arbeitslosen hängen.

Wenn sie aber schon ein gerüttelt Maß an Krisenlasten tragen, dann sollen die Arbeitnehmer auch mehr Einfluss bekommen in den Unternehmen.

Deshalb fordern wir:

- Mitbestimmung auch in mittleren Unternehmen ab 500 Beschäftigten. Die heutigen Schwellenwerte müssen herabgesetzt werden.
- Und: Entscheidungen über Massenentlassungen, Betriebsschließungen und Standortverlagerungen nur noch mit Zwei Drittel Mehrheit im Aufsichtsrat.

Dabei darf man sich freilich nichts vor machen: Mehr Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, besserer Schutz für Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner und Beschäftigte, ein aktiver Sozialstaat – all das wird politisch auf den erbitterten Widerstand zum Beispiel der Ignoranten von der FDP stoßen.

Es wäre eine Wohltat für den Mittelstand“, hat zum Beispiel der Herr Westerwelle kürzlich erklärt, „wenn die Enteignung durch die Erbschaftssteuer beseitigt würde“. Da ist so doof wie dreist. Aber typisch! Krasser Lobbyismus für Reiche und Kapitalbesitzer, das ist das Markenzeichen dieser Leute.

Die dabei freilich nicht allein stehen. „Eine Brandschutzmauer wolle er errichten – gegen den gesetzlichen Mindestlohn“ hat der Vorgänger des jetzigen Bundeswirtschaftsministers, Michael Glos, gesagt, bevor er entdeckte, dass 65 doch eigentlich ein viel schöneres Alter wäre als 67, um in Rente zu gehen – wenige Monate zuvor hatte er noch dafür gestimmt, das Rentenalter auf 67 Jahre anzuheben.

Eine Brandschutzmauer gegen den gesetzlichen Mindestlohn errichten wollen Leute wie Glos.

Da kann ich nur sagen: Am Mauerbau, Kolleginnen und Kollegen, sind in diesem Lande schon andere gescheitert als die Hungerlohnlobbyisten in CDU/CSU. Und wir sollten dazu beitragen, dass sie das selbe Schicksal erleiden wie ihre Vorgänger beim Mauerbau – nur sehr viel schneller, sehr viel schneller!

Deshalb: Stimmen für den Mindestlohn – unsere zentrale Kampagne bei ver.di für die nächsten Monate. Und keine Stimme denen, die einen gesetzlichen Mindestlohn ablehnen. Dafür werben wir: Arbeit darf nicht arm machen und nicht entwürdigen!

Und wir werben für ein weiteres Konjunkturpaket. Mit ihm können zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.
Durch Zukunftsinvestitionen und Stärkung der Massenkaufkraft.

Und das nicht durch hemmungslose Neuverschuldung sondern dadurch, dass die starken Schultern endlich ihren angemessenen Beitrag leisten, um die vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen.

Und deshalb sage ich auch ganz offen und deutlich: So sehr ich es begrüße, dass die SPD mittlerweile für den gesetzlichen Mindestlohn eintritt – genau wie Grüne und Linkspartei – so entschieden halte ich es für falsch, dass die SPD im Wahlprogramm auf die Wiedereinführung der Vermögenssteuer verzichtet, und so die staatlichen Handlungsmöglichkeiten unnötig einengt.

Was es jetzt nämlich braucht, sind Investitionen in die Zukunft, in Arbeitsplätze – nicht nur in Beton, sondern auch in Köpfe.

Was es braucht ist, eine Einbettung dieser Maßnahmen in eine Stärkung der öffentlichen Einnahmen!

All das kommt – wie wir sehen – nicht von allein. Dafür muss Flagge gezeigt werden, muss geworben werden:

- im Betrieb
- im Freundes- und Familienkreis
- und auf der Straße

Deshalb rufen die europäischen Gewerkschaften zu Demonstrationen auf.
Ja! Macht mit. Am 16. Mai in Berlin:

- Für den Vorrang der Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit und Streik vor dem der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit von Unternehmen
- Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Und ihr wisst: All das wird vom Europäischen Gerichtshof in Frage gestellt, ja bestritten. All das muss neu erstritten werden. Deshalb: auf nach Berlin!

Um dort einzutreten:

Für einen gesetzlichen Mindestlohn auf dem Niveau des durchschnittlichen westeuropäischen Mindestlohnes von aktuell 8,41 €

Machen wir die Wahl zum Europäischen Parlament und die übrigen Wahlen in diesem Jahr zu einer Abstimmung für den gesetzlichen Mindestlohn. Und das bedeutet: Keine Stimme den Befürwortern von Armutslöhnen.

Für Löhne, die ein anständiges Leben ermöglichen und anschließend eine ausreichende Rente.

Für Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau und für besseren Schutz von Arbeitnehmern, Arbeitslosen, Rentnern und für junge

Menschen, die einen Ausbildungsplatz brauchen und die Übernahme nach bestandener Ausbildung.

Machen wir uns auf den Weg. Nehmen wir die Auseinandersetzung auf. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gemeinsam für die Interessen der lebendigen Arbeit.

Für starke Gewerkschaften und für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.